



**„Die Zukunft soll man nicht voraussehen
wollen, sondern möglich machen...“
(Antoine de Saint-Exupéry)**



Hielt am 10.12.2014 für die Ratsfraktion von
Bündnis 90/ Die Grünen/ GAL die Haushaltsrede:
Otto Reiners

Impressum

Herausgeberin:
Bündnis 90 / Die Grünen / GAL
Ratsfraktion Münster
Windthorststr. 7
48143 Münster
V.i.S.d.P.:
Thomas Marczinkowski

Dezember 2014

100 % Recycling-Papier

Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrter Herr Kämmerer,
liebe Ratskolleginnen und Kollegen
sehr geehrte Damen und Herren,

ich stelle meinem Vortrag ein klares Bekenntnis voran:

Wir Grünen halten an unseren **finanzpolitischen Zielen** fest:

- bis 2020 werden wir einen strukturell ausgeglichenen Haushalt ermöglichen.
- bis 2020 werden wir die Gesamtverschuldung auf unter 700 Mio. EUR senken.

Damit wäre das Wichtigste mit Blick auf die Finanzen eigentlich schon gesagt!

Das rechnerische **Ergebnis** der mühevollen und detaillierten Haushaltsberatungen für den Haushaltsplanentwurf 2015 in den Fachausschüssen hat die Kämmerei für uns alle in der Vorlage V/0927/2014¹ zusammengetragen. Von uns Grünen einen ausdrücklichen Dank an die Verwaltungsbeschäftigten für diese Zusammenstellung!

Mit dem Blick auf den **Haushaltsplanentwurf 2015** stellen wir nüchtern fest, **es bleibt bei einem strukturellen Defizit**, wie in dem schon von Ihnen, Herr Oberbürgermeister eingebrachten Haushaltsplanentwurf. Jedoch mit einer leichten quantitativen Verbesserung!²

Ich betone vorab, dass wir den Antrag der CDU **nicht** aufgreifen werden, der vorsieht - **pauschal** den **Haushaltsplanentwurf des Oberbürgermeisters** um rd. 10 Millionen EUR bei den freiwilligen Leistungen zu kürzen. Für uns ist der Antrag eine Bestätigung für die Unfähigkeit der CDU sich mit dem Haushalt wirklich im Detail zu beschäftigen und Stückweit auch eine Erklärung, warum unsere Kinder voraussichtlich weiterhin auf den in der Vergangenheit aufgetürmten Schuldenberg spielen müssen.³

¹ sowie einen Stapel neuer Veränderungsblätter

² Der Ergebnisplan hat laut Vorlage V/0927/2014 ein strukturelles Defizit von 27.173.220 EUR.

³ Klar ist doch, wer den Schuldenberg in Höhe von mehr als 700 Mio. EUR zu verantworten hat. Und klar ist auch, dass die Zinsbelastung in Höhe von zu Zeit

Und noch ein Bekenntnis:

Wir Grünen setzen uns für unsere Schwerpunkte ein und wollen mehr im Bereich **Bildung, soziale Gerechtigkeit und Klimaschutz** investieren.

Meine Damen und Herren,

der mit uns Grünen veränderte Haushaltsplanentwurf 2015 ist **qualitativ** und damit vor allem **inhaltlich** ein Haushaltsplanentwurf 2015 anderer Art, als der ursprünglich vom Oberbürgermeister eingebrachte Haushalt.

Der veränderte Haushaltsplanentwurf 2015 ist ein **Ergebnis**

- von vielen kreativen Ideen von Bürgerinnen und Bürgern aus der Stadtgesellschaft,
- der wachsenden Bedarfe in der Stadtverwaltung sowie bei den Trägern⁴ sozialer, kultureller und ökologischer Einrichtungen und
- von langen differenzierten Beratungen der Fraktionen der SPD, den Piraten/ÖDP, den Linken und uns Grünen, um Herausforderungen in dieser Stadt aktiv mitzugestalten.

Das Ergebnis basiert auf der Grundlage der mit der SPD geschlossenen Kooperationsvereinbarung!⁵ Eine Art Masterplan bis 2020!

Bei der Erläuterung der Beratungsergebnisse werde ich mich in meiner heutigen Rede auf eine Frage konzentrieren.

Welche inhaltlichen Schwerpunkte haben wir gesetzt?

Was ist anders? Oder wird am Zauberwürfel „Haushalt“ nur anders gedreht?⁶

ca. 30 Mio. EUR, fast dem strukturellen Defizit entspricht. Da können wir noch von Glück reden, dass wir gegenwärtig eine Niedrigzinsphase haben, sonst hätte der aufgetürmte Schuldenberg die Stadt schon in die Hände des Sparkommissars manövriert.

⁴ Bekanntlich hat die Stadt Münster einen hohen Anteil von Leistungen (Pflicht) nach dem Subsidiaritätsprinzip auf freie Träger übertragen.

⁵ Vgl. Kooperationsvereinbarung zwischen den Fraktionen von SPD & Bündnis90/Die Grünen/GAL im Rat der Stadt Münster über eine Zusammenarbeit in der 16. Wahlperiode des Rates

⁶ Werden die Herausforderungen der Zukunft beachtet? Oder gibt es nur eine andere Art von Verantwortungsgemeinschaft? Gehen uns wohl möglich die Identifikationspunkte der Stadt verloren? Stellen wir das geschichtliche Erbe der

Ich komme zu den sechs wichtigsten Unterschieden:

1. Zusammenhalt befördern und Willkommenskultur schaffen

Sie, Herr Oberbürgermeister, sprachen bei der Einbringung des Haushaltsplanentwurfs 2015 mit Blick auf die gegenwärtigen Zahlen „dass der **Zusammenhalt das wichtigste**“ sei.

- Das **Unwetter** in diesem Jahr war sicherlich ein Ereignis, das viele Münsteranerinnen und Münsteraner nicht vergessen werden. Auch von uns Grünen nochmals einen großen Dank an alle, die ihre tiefe Verbundenheit mit den Betroffenen durch vielfältige Taten und Spenden gezeigt haben.
- Diesen Zusammenhalt sollten wir befördern: Münster ringt – wie andere Städte – um die **Bewältigung des Flüchtlingszuzuges**. Mittlerweile leben bei uns in Münster mehr als 1300 Flüchtlinge und bis zum Jahresende werden es voraussichtlich 1500 Flüchtlinge sein. Die Stadt Münster wurde vor kurzem hier im Saal für das **Konsens orientierte dezentrale Flüchtlingskonzept** von Prof. Dr. Prantl gelobt. In den Fachausschüssen haben die meisten von Ihnen hier versichert, dass wir an dem Münsterkonsens festhalten. Dazu gehört aus unserer Sicht auch, den **Widerstand gegen einzelne Standorte abzufedern**. Von uns Grünen geht klar die Botschaft aus: Ja wir nehmen die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst. Genau so klar ist aber auch, dass wir zu dem Konzept stehen!⁷

Stadt Münster in Frage? Sollen wir weiterhin die Augen verschließen, wenn wir das „Wetter“ (Klima) verändern? Werden wir auch wirklich den gesetzlichen Anforderungen (Stichwort: U3 oder Inklusion) gerecht? Wird der Zusammenhalt oder das Vertrauen in der Stadtgesellschaft gefährdet? Oder welche Wirkung hat die von uns veränderte Prioritätensetzung?

⁷ Angesichts von bundesweit 200.000 Flüchtlingen allein im Jahr 2014 müssen die Städte und Gemeinden bei den Unterbringungs-, Gesundheits- sowie Bildungskosten⁷ aber auch vom Bund entlastet werden. Die Erstattung für die Grundversorgung in den ersten Monaten nach Ankunft der Flüchtlinge liegt je nach Bundesland zwischen 20 und 90 Prozent. Der jetzt zwischen Bund und Ländern gefundene Kompromiss hilft uns hier vor Ort mit Blick auf die Finanzen dauerhaft nicht wirklich weiter.

- Übrigens eine aktuelle Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) zeigt, dass die 6,6 Millionen Menschen ohne deutschen Pass, allein im Jahr 2012 in den Sozialkassen für einen **Überschuss** von 22 Mrd. EUR⁸ sorgten. Damit zahlen 67 Prozent der Zuwanderer **mehr Steuern** als sie an Transferleistungen zurück erhalten. Bei den Deutschen sind dies laut Studie nur 60 %. Das Ergebnis der Studie sollte diejenigen **zum Verstummen bringen**, die vor einer angeblichen Belastung der Sozialsysteme durch Einwanderung warnen.
- Insbesondere **unbegleitete minderjährige Flüchtlinge** bedürfen eine besondere Aufmerksamkeit, deshalb haben wir den gleichlautenden Antrag gestellt. Denn hier gibt es eine **rechtliche Verpflichtung**, die minderjährigen Flüchtlinge in Obhut zu nehmen, einen Vormund zu bestellen und alle Vorkehrungen zum Schutz und zu Klärung der individuellen Situation in die Wege zu leiten. Wir müssen alles tun, um dieser Verpflichtung auch gerecht zu werden.
- Zudem muss die **gesundheitliche Versorgung** der Flüchtlinge verbessert werden. Bislang ist ein Großteil von ihnen von den Leistungen des allgemeinen Gesundheitssystems ausgeschlossen.⁹ Die Stadt Münster wird hoffentlich heute hier im Rat, die Initiative ergreifen, die Krankenbehandlung von Asylsuchenden und Flüchtlingen auf eine gesetzliche Krankenversicherung, in Anlehnung an das „**Bremer Modell**“ zu übertragen.¹⁰

⁸ Damit zahlt jeder ohne deutschen Pass im Schnitt 3.300 EUR mehr Steuern und Sozialabgaben, als es an Transferleistungen zurückerhält.

⁹ D.h. es besteht i.d.R. nur ein eingeschränkter Behandlungsanspruch.

¹⁰ Hierbei erhalten Leistungsberechtigte eine Krankenversicherungs-Chipkarte der gesetzlichen Krankenversicherung, die es ihnen ermöglicht, sich direkt an einen niedergelassenen Arzt oder Ärztin zu wenden. Mit unserem Initiativantrag beauftragen wir die Verwaltung, mit den gesetzlichen Krankenkassen entsprechende Verhandlungen zu führen.

- Darüber hinaus, begrüßen wir ausdrücklich den **Aufbau der Psychosozialen Flüchtlingshilfe** Münster in Trägerschaft der GGÜA¹¹ und der AWO¹² und werden diese fördern.¹³

2. Kreative Nährboden fördern sowie qualitative Weiterentwicklung der Kulturinitiativen bzw. –einrichtungen

- Die Zeit der **Leuchtturm-Förderung** (a la Musikhalle oder a la CDU und einigen anderen Leuchtturm-BefürworterInnen, hier im Raum) ist allein schon auf Grund von **fiskalischen Rahmenbedingungen** vorbei!
- Wir Grünen legen in der Kulturpolitik Wert auf eine Förderung in der Breite. Eine Förderung des **kreativen Nährboden** in dieser Stadt, denn dieser macht maßgeblich die Vielseitigkeit, Lebendigkeit und Attraktivität der hiesigen Kulturlandschaft aus. Dazu zählen die **Tausenden von ungebundenen Kulturschaffenden** oder auch die vielen jungen Absolventen künstlerischer Studiengänge, für die Förderanreize fehlen, um sie in Münster zu halten. Wir tun deshalb endlich etwas gegen die schleichende Erosion der **freien Szene** aufgrund der seit langem stagnierenden Fördermittel!¹⁴
- Uns ist der **Erhalt und die qualitative Weiterentwicklung der bestehenden Kulturinitiativen und –einrichtungen** wichtig. So gewähren wir dem **Bennohaus** den gut begründeten und dringend notwendigen Investitionskostenzuschuss. Ebenfalls garantieren wir den Fortbestand des **Medienforums**.¹⁵

¹¹ Zuschuss für das Jahr 2015 in Höhe von 100.000 EUR

¹² Arbeiterwohlfahrt

¹³ Damit finden Betroffene über eine Anlauf-, Vermittlungs- und Koordinierungsstelle einen niedrigschwelligen Zugang zu einer Psychotherapie.

¹⁴ In einem ersten Schritt erhöhen wir die freien Projektfördertöpfe um 40.000 €, um damit spartenübergreifend die Nachwuchsförderung zu stärken.

¹⁵ Nicht zuletzt auf Grund seiner gestiegenen Bedeutung für die Medien- und Meinungsppluralität in dieser Stadt.

- Und lassen Sie mich noch ein paar Worte zum **Wolfgang Borchert-Theater** sagen: Hier wird versucht den Anschein zu erwecken, als würden wir finanzielle Mittel kürzen. Fakt ist, dass das WBT im kommenden Jahr **keinen Euro** weniger bekommt.¹⁶

Und noch eine Klarstellung zum Vorwurf der **Vermarktung des Münsteraner Kulturerbe**.

- Uns Grüne überzeugt, dass das vom Oberbürgermeister **vorgelegte Nutzungskonzept** ein Bürgerbüro sowie die Nutzung der Räume durch den Bund der Deutschen Architekten Stichwort „Münster Modell“ etc. in der **Dominikanerkirche** einzurichten, nicht. Deshalb haben wir aus dem Haushaltsplan die Aufwendungen für die Sanierungen gestrichen und eine Profanierung und einen möglichen Verkauf angeregt. Der mögliche Verkauf ist „ein“ Weg durch angemessene wirtschaftliche oder private Nutzung die historisch wertvollen Gebäude zu erhalten. Wie man hieraus „Kunst- und Kulturfeindlichkeit“ ableiten kann, ist schon merkwürdig. Die Aufwertung des Durchgangs Julius-Voos-Gasse und des öffentlichen Raumes stellen wir Grüne damit keinesfalls in Frage! Wir können uns den Veränderungen in der Stadtgesellschaft jedoch nicht verschließen! Schauen wir mal nach Maastricht wo zwei leer stehende Kirchengebäude eine eindrucksvolle Verwandlung erfahren haben. Eine Kirche wurde zum Designhotel, die andere zu einer Buchhandlung. In den jetzt verwandelten Räumen findet man Kunstwerke und jahrhundertalte Objekte, die aus einem ehemaligen Kloster stammen. Die Maastrichter werben mit dem Slogan „Essen beim Bischof“.

¹⁶ Den Investitionskostenzuschuss für das neue Borchert-Theater hat die Verwaltung auf Zuruf unter Umgehung des Kulturausschusses kommentarlos in den Haushaltsplanentwurf eingestellt. Von einer Umverteilung kann daher keine Rede sein! Wer dies behauptet, redet fahrlässig eine Spaltung der Kulturszene herbei. Fakt ist auch, dass kein Beschluss und keine (sonst wie geartete) Zusage der Stadt besteht, den Umzug des WBT öffentlich zu fördern. Oder hat irgendjemand (hier im Raum) vorab ein Versprechen gegeben – welches er jetzt nicht einhalten kann?

- Und nun zur **Clemenskirche**. Wir haben beantragt, dass der bestehende Nutzungs- und Überlassungsvertrag für die Clemenskirche fristgerecht gekündigt wird. Ferner haben wir die Verwaltung beauftragt, mit dem Bistum in Münster in Verhandlungen einzutreten, ob und zu welchen Konditionen das Bistum die Kirche übernehmen kann und möchte. Dieser Antrag ist doch nachvollziehbar, denn eine Miete von 1500 EUR pro Jahr ist ja nun wirklich nicht angemessen und vor allem ist es nicht vertretbar aus dem städtischen Haushalt derartige Zuschüsse zu finanzieren. Wenn wir die Abschreibungen in Höhe von zurzeit ca. 120.000 EUR berücksichtigen, dann handelt sicherlich nicht um einen kleinen Zuschuss an einer der reichsten Organisationen in Deutschland.

Derartige **kirchliche Privilegien** werden sich auf Dauer **nicht** halten lassen!

- Denn geklärt ist auch noch nicht, dass die katholische Kirche die Gebäude **nicht** haben und die Kosten **nicht** übernehmen will? Wir haben beantragt, dass für den Fall, dass das Bistum (z.B. auf Grund einer weiterhin sinkenden Anzahl von Mitgliedern) **kein Nutzungsinteresse** für kirchliche Zwecke hat, die Verwaltung dann beauftragt wird, dem Ausschuss über alternative Nutzungskonzepte zu berichten.

Das ist der Sachstand! Die **reflexartigen Unkenrufe** sind völlig überzogen!

3. Der Vorbildfunktion beim Klimaschutz durch gezielte Maßnahmen gerecht werden

Vor kurzem haben **alle hier im Rat** dafür gestimmt, dass die Stadt Münster¹⁷ mit dem **Beitritt zur Klimaschutz-Initiative** der EU-Kommission dem „**Mayor Adapt**“ ein weiteres Mal ihrer Vorbildfunktion auf europäischer Ebene gerecht werden soll.

¹⁷ als ausgezeichnete Bundeshauptstadt für Klimaschutz und Vorreiterin beim European Energy Award

Sie alle wissen, wie schlimm die Folgen der Klimakatastrophe werden können, wenn nicht rechtzeitig umgesteuert wird. In den vergangenen Jahren ist hier in Münster leider zu wenig passiert.

- In diesem Jahr wollen wir Grünen mit unserem Antrag **„Konsequentes Eintreten für Menschenrechte und Klimaschutz – auch bei den Finanzen“** erreichen, dass die Kämmerei einen neuen Erlass einer örtlichen Anlagerichtlinie für kommunale Finanzanlagen erarbeitet. Unser Ziel ist es, dass die Kapitalanlagen im Kernhaushalt der Stadt Münster (hierbei handelt es sich insbesondere um Fonds zur Absicherung der Pensionen)¹⁸ **ethische und ökologische Mindeststandards** beinhalten.¹⁹

Denn wirtschaftlichen Erfolg, der auf massiver Umweltzerstörung, Ausbeutung von Kindern oder Waffenhandel basiert, lehnen wir Grünen ab.

- Finanzpolitisch ist zudem zu beachten, dass spätestens wenn internationale wirksame Klimaschutzregeln beschlossen werden, wir in diesem Markt mit erheblichen Kursverlusten rechnen müssen.
- Sie sind ALLE eingeladen, die Petition im Internet zu unterstützen.²⁰ Ich bin mir sicher, dass unsere Kämmerei, die ja zur „Elite der kommunalen Vermögensverwalter“ gehört, auch hier **dieser Auszeichnung** gerecht wird.
- Und um die dringend notwendige Realisierung der **Maßnahmen nach dem Klimaschutzkonzept 2020**²¹ zu beschleunigen werden zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt. Zudem schaffen wir mit Unterstützung des Landes die Stelle

¹⁸ sogenannte „Pensionsfonds“

¹⁹ D.h. die Fonds sollen künftig so ausgewählt werden, dass keine Beteiligungen mehr an Unternehmen gehalten werden: a) die Kinderarbeit zulassen b) Militärwaffen zulassen c) auf Atomkraft oder nachhaltige klimaschädliche Energien setzen und d) Schiefergasgewinnung („Fracking“) betreiben.

²⁰ Unterstützt die Petition im Internet. Es muss endlich Schluss sein mit schmutzigen Geldanlagen! Wir wollen einen sauberen Haushalt für unsere Stadt!
<http://gofossilfree.wordpress.com/>

²¹ Einschließlich Öffentlichkeitsmaßnahmen zur CO₂-Reduzierung wie den Veggie-Day

eines **Klimaschutzbeauftragten**. Und um die Beteiligung des **Klimabeirats** zu erhöhen, stellen wir auch hierfür weitere finanzielle Mittel zur Verfügung. *Und noch ein wichtiger Aspekt zum Klimaschutz.....*

- In den letzten Jahren nahm der Baumbestand²² zunehmend ab. In dem Haushaltsplanentwurf 2015²³ haben wir deshalb für **Pflanzmaßnahmen von 50 Bäumen** finanzielle Mittel bereit gestellt.
- Damit Münster auch Fahrradhauptstadt bleibt, muss die **Qualität der Radinfrastruktur** weiter verbessert werden. Im Haushaltsplanentwurf haben wir deshalb für **Velorouten**²⁴ investive Mittel²⁵ bereit gestellt.
- Und es bleibt dabei, wir können aus der Sicht von uns Grünen auf **Investitionen** im Straßenbau²⁶ getrost verzichten. Mit dem Verzicht auf diese Maßnahmen könnten wir wirklich Geld sparen! Das wird an anderer Stelle, wie z.B.
- für die Entwicklung des **Energieparks**²⁷ in Coerde dringend benötigt.

4. (Mit-) Wachsende Strukturen für Kinder und Jugendliche, Eltern und eine (inklusive) Teilhabe für ALLE schaffen

Von sehr großer Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit in unserer Stadt ist es auch, mitwachsende Strukturen zu schaffen, die es für Familien mit Kindern lohnend machen, in Münster zu wohnen und

²² Bäume im Stadtgebiet erfüllen wichtige ökologische, mikroklimatische und gesundheitliche Funktionen.

²³ Zur Finanzierung werden je Baum 1.000 EUR bereit gestellt.

²⁴ Kinderhaus sowie nach Telgte

²⁵ Für die Velorouten sind Investitionen in Höhe von 100.000 EUR eingeplant worden.

²⁶ wie die Eschstraße, der Bahnhofunterführung Heroldstraße, den Ausbau des Albersloher Weges, dem doppelten Linksabbieger an der Weseler Straße etc.

²⁷ Um den Energiepark auf den Weg zu bringen, haben wir Planungskosten in Höhe von 10.000 EUR im Haushaltsplanentwurf 2015 eingestellt.

wohnen zu bleiben. Das geht aus unserer Sicht nur mit einer guten auf Bildung, Chancengerechtigkeit und Teilhabe ausgerichteten Kinder- und Jugendhilfe sowie der damit einhergehenden Elternunterstützung.

- Zur guten **Bildungspolitik** gehört für uns Grüne, dass wir die Qualität der Offenen Ganztagschule²⁸ verbessern, indem wir die Wochenstunden der pädagogischen Fachkräfte erhöhen und geringfügig Beschäftigte besser qualifizieren. Darüber hinaus fordern wir ein Konzept, dass sich die offene Ganztagschule zu einen inklusiven Lebens- und Lernort für Kinder- und Jugendliche entwickeln kann.
- Allen von uns hier ist auch klar, dass die Präventionskette²⁹ zur **Verringerung von Kinder- und Jugendarmut** dringend weiterentwickelt werden muss.
- Damit die **Kindertagesbetreuung**³⁰ mit den Bedarfen der Eltern in Einklang gebracht wird, setzen wir uns für eine Flexibilisierung ein. Die sogenannte Extrazeit ermöglicht eine individuelle Ausweitung der Betreuungszeit über die Regelöffnungszeit hinaus, womit für unterschiedliche Bedarfslagen³¹ eine Betreuung ermöglicht wird. Zudem haben wir einen Feuerwehrtopf³² für eingruppige in Finanznot geratene Elterninis eingerichtet.

²⁸ Seit Beginn dieses Schuljahres nehmen rund 4.350 Kinder an den Angeboten der Offenen Ganztagschulen in Münster teil. Das sind rund 50 % der Kinder in den Grundschulen. Der Bedarf am offenen Ganzttag steigt seit Jahren an.

²⁹ d.h. die Unterstützung von der Geburt bis zum Übergang in den Beruf. Damit möglichst viele Maßnahmen zeitnah realisiert werden können, haben wir hierfür mehr Geld in den Haushalt 2015 eingestellt

³⁰ Für eine erfolgreiche Umsetzung des Projektes werden ab 2015 und Folgejahre 100.000 EUR in den Haushalt eingestellt. Die Elternbeiträge sind dem zusätzlichen Aufwand gegen zurechnen.

³¹ z.B. von alleinerziehenden Eltern

³² Der Feuerwehrtopf umfasst ein Finanzvolumen von 100.000 EUR und wird nur im Bedarfsfall in Anspruch genommen.

- Hinzu kommt, dass wir die **U3-Versorgungsquote**³³ auf einen wirklich nennenswerten Spitzenwert steigern müssen, denn der Bedarf liegt bei ca. 55 bis 60 %. Ferner werden wir endlich das **Entgelt für Tagespflegepersonen** erhöhen.³⁴
- Und damit die **Träger der Kinder- und Jugendhilfe** die wachsenden Bedarfe in der Stadtgesellschaft decken können, haben wir deren Anträge³⁵ (teilweise) aufgegriffen sowie den **Weltkinderrechtetag** im Südpark wieder eingeführt.
- Seit dem Jahr 2012 ist die Stadt Münster Optionskommune. Mit der kompletten Aufgabenübernahme hat der Rat der Stadt Münster die Chance verbunden, die Angebote zu optimieren. Bekanntlich haben wir leider seit Jahren ca. 5000 Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfängern beim Jobcenter, die länger als vier bis fünf Jahre im Bezug sind. Um die **Arbeitsmarktchancen für die benachteiligten zu verbessern** und den Langzeitleistungsbeziehern **endlich eine berufliche Perspektive** zu bieten, haben wir Grünen uns dafür stark, dass das Jobcenter für diese Zielgruppe mindestens **zwanzig** weitere sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse pro Jahr³⁶ anbietet.

³³ Zur Zeit liegt die U3-Versorgungsquote bei 45,1 %

³⁴ Die Zuschusserhöhung ist insbesondere für diejenigen, die Kinder mit einem erhöhten Förder- und Pflegeaufwand betreuen. Jahrelang wurde diese Grüne Initiative von allen abgelehnt.

³⁵ Trialog - Beratungsstelle für Familienkrisen, Erhöhung es Zuschusses um 35.200 EUR, Diakonie – Projekt „Mütter stärken – Kinder fördern“ 27.860 EUR, Deutscher Kinderschutzbund Projekt „SpürSinn“ im Jahr 2015 15.000 EUR, Zartbitter – Erhöhung des städtischen Zuschusses um 22.000 EUR, Beratungsstelle Südviertel 13.390 EUR, Weltkinderrechtetag 3.500 EUR p.a., SeHT e.V. Förderung einer Stelle Sozial-/Heilpädagogik 25.000 EUR.

³⁶ Damit wird das Angebot, der von uns Grünen initiierten öffentlich geförderten Beschäftigung erweitert. Das Jobcenter soll mit den arbeitsmarktpolitischen Akteuren, den Trägern sozialer Einrichtungen sowie den Unternehmen in der Stadt sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse schaffen. Bereitstellung von 96.000 EUR p.a.. Ersparnisse nach Aussage der Verwaltung in der selben Höhe

- Damit **Frauen**, die auf dem Straßenstrich an der Siemensstraße arbeiten in Zukunft professionell beraten, begleitet und in institutionelle Angebote vermittelt werden, halten wir das **Projekt Marischa**³⁷ für wichtig und richtig.
- Und damit **Männer und Frauen** sich mit ihrem gewalttätigen Verhalten auseinander setzen und zeitnah differenzierte Hilfen zu Problemlösung angeboten bekommen, unterstützen wird das Projekt von Chance e.V. zu Vermeidung von „**Häuslicher Gewalt**“.³⁸
- Zur **Beförderung einer inklusiven barrierefreien Gesundheitsförderung** in Münster haben wir ebenso finanzielle Mittel³⁹ im Haushaltsplanentwurf 2015 eingestellt.
- Wachsende Einwohnerzahlen führen auch bei Trägern wie der **Kinderhauser Arbeitsloseninitiative**⁴⁰ dem **Begegnungszentrum in Kinderhaus**⁴¹ und dem **Sozialbüro im Cuba**⁴² zu wachsenden Bedarfen, deshalb haben wir diese und diverse weitere Anträge⁴³ aufgegriffen.

³⁷ Über einen Projektzeitraum von drei Jahren werden 52.000 EUR zur Verfügung gestellt.

³⁸ Das Projekt wird ab Mitte des Jahres 2015 mit einem Zuschuss in Höhe von 10.000 EUR gefördert. Zudem wird die im Rahmen der Konsolidierung vorgenommene pauschale Kürzung zurückgenommen d.h. Zuschusserhöhung um 14.920 EUR.

³⁹ Sachkosten in Höhe von 25.000 EUR

⁴⁰ Zuschusserhöhung um 7.000 EUR im Jahr 2015.

⁴¹ Um den Fortbestand der Stadtteilarbeit des Begegnungszentrums in Kinderhaus zu gewähren, haben wir den seit dem Jahr 2000 trotz steigender Miet- und Personalkosten nicht mehr angepassten Zuschuss erhöht. Zuschusserhöhung um 23.000 EUR im Jahr 2015.

⁴² Der steigenden Nachfrage nach Information, Aufklärung und Beratung im Sozialbüro im Cuba ist nur mit einer Stundenaufstockung der Beraterinnen und Berater zu begegnen. Das Beratungsangebot für Bürgerinnen und Bürger in schwierigen finanziellen Lebenslagen haben wir ab dem Jahr 2015 aufgestockt. Zuschusserhöhung um 19.600 EUR ab dem Jahr 2015.

⁴³ Gerontopsychiatrische Beratungsstelle 10.000 EUR, Beratungsstelle für Hörbehinderte 6.000 EUR, Beratung und Unterstützung von Migrantinnen/en des Arbeitskreis International 5.000 EUR, Verbraucherzentrale 23.000 EUR, Förderverein Wohnhilfen 18.400 EUR, Deutsche Multiple Sklerose Gesellschaft 9.800 EUR. Und um den notwendigen Umbau der Primus-Schule sicher zustellen, haben wir den Haushaltsansatz der Verwaltung um 50.000 EUR erhöht und zudem wird die

5. Bezahlbaren Wohnraum schaffen und Innentwicklung entschlossen vorantreiben

Angesichts der steigenden Anzahl von Einwohnerinnen und Einwohnern ist es für die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt auch von großer Bedeutung **Wohnraum** zu schaffen! Wir haben mit der SPD vereinbart, dem Handlungskonzept Wohnen entsprechend jährlich mindestens 1.500 neue Wohnungen zu errichten. Im Vordergrund bei der Schaffung von neuem Wohnraum muss aus der Sicht von uns Grünen die **Ausnutzung aller Reserven**, die durch die Innentwicklung erschlossen werden können, stehen.

Neue Baugebiete in (Außen-)stadtteilen können **nicht bedingungslos** ausgewiesen werden, sondern müssen den von uns definierten **Qualitätskriterien**⁴⁴ genügen.

Bei der Schaffung von neuen Wohnungen kommt der Entwicklung der Konversionsflächen eine besondere Bedeutung zu. Uns Grünen ist dabei eine **hohe BürgerInnenbeteiligung** wichtig, um die Interessen der Mieter und Eigentümer und die Belange des Natur- und Umweltschutzes zu berücksichtigen.

Klar ist auch, dass mindestens 30 % der neu zu errichtenden Wohneinheiten öffentlich gefördert sein müssen, sowie die **Grundzüge des „Münsteraner Modells einer sozialgerechten Bodennutzung“** endlich für alle Bauflächen eingehalten werden, für die es noch kein Anspruch auf Baurecht gibt (Stichwort: Winkhaus Gelände).

Die Anstrengungen um die **energetische Sanierung von privaten Altbauten** müssen und wollen wir intensivieren. Steigende Energiekosten sind ein wesentlicher Faktor für steigende Wohnungskosten. Den Fördertopf⁴⁵ werden wir deshalb in den

pauschale Kürzung des Zuschusses an den Stadtsportbund in Höhe von 35.560 EUR wird zurückgenommen.

⁴⁴ a) Das Gebiet muss im Einzugsbereich von Stadtteilzentren liegen mit einer guten infrastrukturelle Versorgung b) Nähe zu (bestehenden bzw. geplanten) Haltepunkten des Schienenpersonennahverkehrs und/oder des Busverkehrs c) Die Anwendung der Regel der sozialgerechten Bodennutzung muss gegeben sein d) keine Eingriffe in geschützte Landschaftsteile und e) ein Ausgleich des Eingriffs in Natur und Landschaft sollte möglichst vor Ort erfolgen.

⁴⁵ für die energetische Sanierung von privaten Wohngebäuden

kommenden Jahren⁴⁶ kontinuierlich erhöhen. Mit dieser Maßnahme fördern wir bekanntlich zudem das regionale Handwerk.

Um **Obdachlose und Menschen** in sozialen Problemlagen besser zu unterstützen, haben wir eine zweite Stelle im Amt für Wohnungswesen verankert.

„Viele Menschen leben in Münster alleine in einer großen Wohnung oder einem riesigen Haus und fühlen sich dabei vielleicht einsam bzw. benötigen Hilfe im Alltag.“ So lautet, der Vorschlag Nr. 92

„**Wohnen für Hilfe**“ **des Bürgerhaushalts 2014**. Diesen Vorschlag haben wir aufgegriffen, da wir der Begründung der Bürgerin bzw. des Bürgers folgen, denn mit diesem Angebot „Wohnen für Hilfe“ wird eine win-win-Situation für alle Beteiligten geschaffen.

Mit Blick auf den demografischen Wandel haben wir Grünen uns dafür stark gemacht, im Haushaltsplanentwurf 2015 die **unabhängige Pflege- und Wohnberatung im Quartier**⁴⁷ wieder auszubauen. Nur so können wir **nicht** gewünschte Umzüge in die Wohnheime vermeiden und gleichzeitig die Kosten gering halten.

Armutsforscher der Westfälischen Wilhelms Universität warnen seit Jahren vor den Folgen der **Altersarmut**. Auch in Münster nimmt die Zahl derer, die auf einer Grundsicherung im Alter angewiesen sind, beständig zu. Viele von ihnen, die Jahrelang in der Innenstadt gewohnt haben, können sich dies nicht mehr leisten – und vereinsamen in kleinen Wohnungen weit entfernt in den Vororten vollends. Deshalb haben wir das **Maßnahmenprogramm**⁴⁸ **zur Förderung von Teilhabe im Alter** und zur Vermeidung von Altersarmut nur aufgestockt, um die Arbeit in den Stadtteilen auszuweiten.

6. Münster als lebenswerteste Stadt weiter entwickeln

⁴⁶ Im Jahr 2015 werden zusätzlich 50.000 EUR in den Haushalt eingestellt.

⁴⁷ Ziel ist, ein selbständiges und selbstbestimmtes Leben für ältere Münsteranerinnen und Münsteraner. Denn der Großteil der Menschen will auch im Alter möglichst selbständig zu Hause leben oder eine gemeinschaftliche Wohnform in Anspruch nehmen, ohne auf eine gesicherte Pflege oder Unterstützung verzichten zu müssen. Gleiches gilt für Menschen mit Behinderung. Es Bedarf passgenaue Unterstützungen und damit in den Quartieren eingebettete Angebote und Hilfen. Im Jahr 2015 werden zusätzlich 25.000 EUR in den Haushalt eingestellt.

⁴⁸ Bereitstellung von zusätzlichen finanziellen Mitteln in Höhe von 55.000 EUR

Herr Oberbürgermeister keiner stellt in Frage, dass wir möglichst qualitativ hochwertige Veranstaltungen in Münster durchführen sollten, um unseren Ruf als lebenswerteste Stadt gerecht zu werden. Ihre Idee, die **Tour de France**⁴⁹ in 2017 ff. nach Münster zu holen wollen, ist eine davon! Wir Grünen haben schon in der letzten Woche im Haupt- und Finanzausschuss darauf hingewiesen, dass wir von der CDU hierzu einen Antrag für die mittelfristige Ergebnisplanung - natürlich inkl. Deckungsvorschlag⁵⁰ - vermissen. Oder schlägt die CDU weitere 15 Mio. EUR Verschuldung vor? Zu einer lebenswerten Stadt gehört auch eine kluge und vielfältige Infrastruktur. Wir Grünen machen uns schon länger für ein **neues Bäderkonzept für Münster** stark, dass insbesondere ein Schwimmbad in Münsters südlicher Innenstadt einschließt. Mit unserem Änderungsantrag⁵¹ betonen wir nochmals unsere Auffassung, dass die im Rahmen des 2007 beschlossenen Bäderkonzepts umgesetzten Maßnahmen dazu geführt haben, dass in Münster zu wenig Schwimm- und Bademöglichkeiten für Schulen und Vereine einerseits und für die Öffentlichkeit andererseits zur Verfügung stehen. **Das bestehende Bäderkonzept ist aus unserer Sicht grundlegend neu zu ordnen.** Selbstverständlich ist es für uns ein **großer Erfolg**, wenn der Rat heute die Verwaltung beauftragt, mit der Wohn- und Stadtbau ein **Südbad** zu errichten. Hinzu kommt, dass die Wohn- und Stadtbau⁵² erfreulicherweise kalkuliert hat, dass die Betriebskosten⁵³ für das Südbad noch unter den ersten Schätzwerten liegen. Als erfreulicher Nebeneffekt kommt beim Bau des Südbads hinzu, dass eine Anzahl von 24 Wohnungen gebaut werden können. Wichtig sind uns in diesem Zusammenhang auch die Sanierung des Hallenbads Kinderhaus mit den hoffentlich fließenden Städtebaufördermitteln des Landes NRW sowie die

⁴⁹ Ähnliche Situation gilt für die beantragte Unterstützung des Zentralkomitees für den Katholikentag in Höhe von 1,5 Mio. EUR. Aus Sicht von uns Grünen sollten wir vor einer städtischen Finanzierung überprüfen, ob ein Zuschuss unter Berücksichtigung der Vermögensverhältnisse gerechtfertigt erscheint.

⁵⁰ entsprechend dem CDU-Antrag zum Haushaltsplanentwurf 2015

⁵¹ zur Vorlage V/0791/2014

⁵² Vgl. Schreiben vom 26.09.2014

⁵³ Kostenunterdeckung von 210.000 EUR jährlich. Verkaufsüberschuss aus den Eigentumswohnungen ist noch zu berücksichtigen.

Weiterentwicklung des Bürgerbads in Handorf.⁵⁴

Zu einer lebenswerten Stadt gehört auch eine **gut funktionierende Stadtverwaltung**. Nach Jahren des Stellenabbaus unter schwarz-gelb hat die Verwaltung diesmal notwendige Stellenmehrungen beantragt. Im Hinblick auf die Arbeitsbelastung in den meisten Ämtern und die Aufgabenausweitung in unserer wachsenden Stadt halten wir dieses Anliegen grundsätzlich für berechtigt. Die größte Ressource einer gut funktionierenden Verwaltung sind bekanntlich die Beschäftigten.

Ein von CDU und FDP vorgelegter Änderungsantrag sieht aber ein Stellenmoratorium vor. Folgt man dem Stellenmoratorium, sollen aus der Sicht der Partei des Oberbürgermeisters von den 119,86 notwendigen zusätzlichen Vollkräften nur die 84,89 Stellen, bei denen eine gesetzliche Verpflichtung gegeben ist, genehmigt werden⁵⁵.

Ein derartiges pauschales Moratorium kommt für uns nicht in Frage. **Grundlage für einen Stellenabbau muss die Aufgabenkritik sein!** Das gilt gleichermaßen für den Verzicht auf Stellenmehrungen bei wachsenden Aufgaben. Wir Grünen haben daher nur Stellenmehrungen nicht akzeptiert, wo wir auch die Aufgaben gestrichen haben.⁵⁶

Meine Damen und Herren, eine Einladung unseren Veränderungsvorschlägen zum Haushaltsplanentwurf 2015 zu zustimmen, haben Sie schon vor einiger Zeit erhalten. Wir sind uns

⁵⁴ Dem Verein werden im Haushaltjahr 2015 für Planung- und Gutachterkosten zur Weiterentwicklung des Bürgerbads einmal 15.000 EUR zur Verfügung gestellt.

⁵⁵ D.h. es wird tatsächlich vorgeschlagen, nur die zusätzlichen Bedarfe in den Bereichen

- Bildung und Betreuung von Kindern und Jugendlichen
- Hilfen für Flüchtlinge
- Sicherheit – Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz

einzurichten.

⁵⁶ Das gilt beispielsweise für die Einführung eines neuen zielorientierten Haushaltsverfahrens. Im Falle der Stellenmehrungen im Amt für Immobilienmanagement wollen wir Grünen erst die Ergebnisse der Organisationsentwicklung abwarten, bevor wir hier im großem Umfang neue Stellen schaffen. Bei der Personalbetreuung setzen wir auf Arbeitsentlastung durch die Reduzierung von Mini-Jobs und die Entfristung von Zeitverträgen. Ansonsten sind wir den Vorschlägen der Verwaltung weitestgehend gefolgt

sicher, dass unsere Art von Schwerpunktsetzung **nachhaltiger** und **zukunftsfähiger** ist.

Wir sollten die Zukunft möglich machen.

Ich wünsche Ihnen allen bzw. Euch allen ein paar schöne erholsame freie Tage und einen guten Jahreswechsel.
Besten Dank für Ihre/Eure Aufmerksamkeit!

Otto Reiners

Bündnis 90/Die Grünen/GAL
Ratsfraktion Münster

Windthorststr. 7
48143 Münster

Fon: 0251 / 8 99 58 10
Fax: 0251 / 8 99 58 15
ratsfraktion@gruene-muenster.de
www.gruene-muenster.de